



(Wie) kann die EU-Entwicklung zukunftsfähig gestaltet werden?

Author: Ralf Pichler

Organisation: Attac EU-AG Stuttgart, Germany

Date: 17.06.2006

Language: German

Version: 1.1

INFO: <<http://www.global-society.net>>

Contact-Information:

Ralf Pichler

Eppendorfer Weg 48

D-20259 Hamburg

Germany

Phone: +49 40 72969643

e-mail: mail@global-society.net

TABLE OF CONTENTS

1. EINLEITUNG	3
1.1. Umgebung	3
1.2. Ziele des Workshops	3
1.3. Aktueller Zusammenhang	3
2. WAS BEDEUTET "ZUKUNFTSFÄHIG"?	4
3. EU-ERWEITERUNG HEUTE	6
3.1. Wer profitiert von der Erweiterung?	6
3.2. Ist die EU nur marktradikal?	7
4. WAS IST POSITIV / NEGATIV AN DEN PRINZIPIEN DER EU?	8
5. WIE KÖNNTE EINE ZUKUNFTSFÄHIGE ENTWICKLUNG AUSSEHEN?	10
5.1. Ökologische Nachhaltigkeit	10
5.2. Fairhandel statt Freihandel	11
5.3. Europäisches Sozialmodell	11
5.4. Pluralismus	12
5.5. Bewusstsein für globale Zusammenhänge	13
5.6. Lebensqualität statt Reichtum	13
6. CHANCEN DER REALISIERUNG	15
6.1. 2 Entwicklungsmodelle	15
6.2. Externe Sicht auf Europa	15
6.3. Weltwirtschaftliche Umbrüche	16
6.4. Chance für die EU	17
6.5. Nutzt die EU die Chance?	18
6.6. Aufklärung erfolgreich?	19
7. WAS TUN?	20

1. EINLEITUNG

1.1. Umgebung

Dieses Dokument ist die schriftliche Ausfertigung eines Workshops, der bei der Konferenz "EU global fatal 2 - EUropa: Traum oder Alptraum im Osten" am 30. und 31. März 2007 abgehalten wurde.

1.2. Ziele des Workshops

Dieser Workshop soll untersuchen, welche der Prinzipien der EU-Erweiterung aus einer Perspektive für eine globale Entwicklung zu einer menschlichen, ausgeglichenen und gerechteren Gesellschaft positiv bewertet werden können, und welche verändert oder ergänzt werden müssen.

1.3. Aktueller Zusammenhang

Zum 50. Geburtstag der EU, der eigentlich nur der 50. Geburtstag der Europäischen Wirtschafts- und Atomunion war, wurde wieder viel heiße Luft darüber abgelassen, was Europa ist:

"Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht."

(aus der [Berliner Erklärung](#) zum 50. Geburtstag der EU vom 25.03.2007)

Bei Licht betrachtet war die damalige Gemeinschaft eine reine Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), und eine Union zur Förderung der friedlichen Nutzung der Atomenergie in Europa. 5 Jahre später folgte die Gemeinsame Agrarpolitik. Aber erst Jahre später kamen mit der Zeit demokratische, menschenrechtliche und ökologische Selbstverpflichtungen dazu, und zwar unter anderem erst auf Druck von amnesty international, Greenpeace, BUND und anderen Organisationen. Das kam nicht von alleine, weil die EU ja schon immer so nett und menschenfreundlich war.

Und erst seit 1979 gibt es mit dem Europäischen Parlament so etwas wie eine Volksvertretung, die nur sehr langsam mit ein paar Rechten ausgestattet wurde, und dabei auf den freiwilligen Machtverzicht von Kommission und Regierungschefs angewiesen war.

In dieser Entwicklung der EU, von einer rein wirtschaftlichen Union mit wenigen Entscheidern, zu einer demokratischen politischen Union, befinden wir uns heute immer noch. Das heißt, die Änderungen, die wir haben wollen, müssen wir laut einfordern!

Damit kämen wir zu der Frage, welche Änderungen wir denn wollen.

Ich möchte mich dabei auf etwas konzentrieren, das eigentlich jedem Mitglied der Union wichtig sein müsste, egal ob sozialdemokratisch, konservativ, ökologisch oder linksradikal eingestellt. Ich habe es "Zukunftsfähigkeit" genannt.

2. WAS BEDEUTET "ZUKUNFTSFÄHIG"?

Was man unter Zukunftsfähigkeit versteht, ist natürlich stark abhängig davon, wie man sich die Zukunft vorstellt. Wenn man glaubt, die Zukunft der menschlichen Gesellschaft würde in einem globalen Marktplatz ohne Regeln bestehen, für den ist selbstverständlich wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit das einzig wichtige Kriterium für Zukunftsfähigkeit.

Dieses Bild des globalen Marktplatzes stammt allerdings noch aus einer Zeit, als Energie, und damit Transporte, billig waren, und man sich noch keine Gedanken über die damit verbundene Schädigung der Umwelt und Erwärmung der Atmosphäre machen wollte.

Eine solche Entwicklung würde früher oder später die Lebensgrundlage der Menschen auf diesem Planeten zerstören. Daher halte ich sie langfristig nicht für zukunftsfähig.

Auch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie ist bei der [Untersuchung der Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Globalisierung](#) zu keinem positiven Ergebnis gekommen.

Damit wird auch schon ersichtlich, was in meinen Augen eines der Kriterien für Zukunftsfähigkeit ist, nämlich die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen.

Die beiden Kriterien, die ich im folgenden für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft ansetze, sind:

1. **Ökologische Nachhaltigkeit**
2. **Begrenzung sozialer Unterschiede**

Warum der zweite Punkt?

Nach wirtschaftsliberalen Vorstellungen ist es notwendig die sozialen Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft zu vergrößern, um mehr Wirtschaftswachstum zu erzeugen. Nach diesen Theorien profitieren aber alle davon, denn auch die Armen werden dadurch ein höheres Einkommen haben als vorher.

Selbst wenn diese Theorie stimmen sollte - was ich bezweifle, wird eine Entwicklung in diese Richtung zu Unzufriedenheit, sozialen Spannungen und wahrscheinlich gewalttätigen Auseinandersetzungen führen.

Die [Glücksforschung](#) hat gezeigt, dass das Glücks- oder Zufriedenheitsempfinden der meisten Menschen weniger vom absoluten Reichtum, sondern mehr vom Unterschied zu anderen abhängt.

Geld macht nicht glücklich, mehr zu haben als der Nachbar aber schon.

Von der anderen Seite gesehen, macht es unglücklich oder unzufrieden, wenn die Nachbarn mehr haben als man selbst. Zumindest bei den meisten Menschen. Diese Neidgefühle sind zwar nichts, worauf die Menschheit stolz sein kann, aber sie sind menschlich, und nicht zu beseitigen.

Erheblich stärker werden die Spannungen natürlich, sobald nicht ersichtlich ist, für welche gesellschaftlichen Leistungen die Reichen ihr Geld bekommen. Einkommen durch Erbschaft oder Millionenprämien für Massenentlassungen werden als ungerecht empfunden und verstärken die Neidgefühle.

Den jugendlichen Einwanderern in den französischen Vorstädten geht es materiell auch besser als vielen Afrikanern in ihren Ländern. Sie müssen nicht Hunger leiden und haben ein Dach über dem Kopf. Trotzdem machen sie ihrem Gefühl der Ungerechtigkeit durch Randale Luft, weil sie jeden Tag sehen, wie (materiell) gut es anderen Franzosen geht, sie sich benachteiligt fühlen, und keine Möglichkeit sehen, aus ihrer Situation heraus zu kommen. Und natürlich auch, weil sie aufgrund ihrer relativen Armut respektlos behandelt werden.

Die sozialen Unterschiede zu vergrößern kann keine langfristige Lösung sein, denn wo sollte das enden? Stattdessen sollten die sozialen Unterschiede begrenzt werden. Selbst wenn das zu weniger Wirtschaftswachstum führen sollte, würde es das allgemeine Zufriedenheitsgefühl erhöhen und die Gesellschaft stabilisieren.

Und selbst die Reichen hätten einen Vorteil davon, wenn die Wohlstandsunterschiede begrenzt wären.

Zwar ist es ein gutes Gefühl, besser oder reicher als andere zu sein, ein Reicher inmitten Armer, die fast nichts mehr zu verlieren haben, müsste aber immer Angst davor haben, seinen Reichtum wieder zu verlieren. Wer Angst hat, kann nicht glücklich sein. Nur wenn auch die Menschen um einen herum zufrieden sind, braucht man sich nicht vor Verlust zu fürchten.

Ich möchte bei diesen Kriterien für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft keine Priorisierung zwischen Ökologie und Sozialem vornehmen, sondern ich denke, dass beide Kriterien für eine zukunftsfähige Entwicklung erfüllt werden müssen.

3. EU-ERWEITERUNG HEUTE

Der heutige Erweiterungsprozess der Europäischen Union scheint allerdings noch immer nach genau diesem Zukunftsbild des globalen Marktplatzes zu funktionieren. Oder genauer: der Erweiterungsprozess ist ausgerichtet am kleinen Bruder des globalen Marktplatzes, dem EU-Binnenmarkt.

Die Maastricht-Kriterien, die die Erweiterung der EU von 15 auf 25, und mittlerweile 27, Mitgliedsländer bestimmten, folgen den gleichen wirtschaftsliberalen Prinzipien, wie sie auch global von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank vertreten werden:

- weitestgehende Privatisierung von Staatsbetrieben
- Verkauf an die Meistbietenden, ohne Berücksichtigung von lokalen oder ethischen Kriterien
- Minimierung staatlicher Fürsorge
- Begrenzung von Staatsausgaben, Verschuldung und Inflation

Die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer wurden damit - aus ihrer staatssozialistischen Wirtschaftsweise heraus - direkt einer marktliberalen Schocktherapie ausgesetzt, die mittlerweile auch viele Wirtschaftsexperten für einen Fehler halten.

Hannes Hofbauer, der einen parallelen Workshop dieser Konferenz leitete, sagte schon 1991: *"Will der Staat durch raschen Verkauf kurzfristig Geld oder will er langfristig ökonomische Stabilisierung? Zu raschem Geld kommt er am einfachsten durch Zerschlagung der großen Industriekombinate. Die lukrativen Teile solcher Großbetriebe lassen sich erfahrungsgemäß leicht und schnell verkaufen. Für die Industriestruktur als Ganzes wirkt sich solch eine Strategie allerdings fatal aus."*

Ich will keine Spekulationen darüber anstellen, ob diese Entwicklung gewollt war, oder nur auf Wirtschaftstheorien beruhte, die sich als zu kurzfristig gedacht herausgestellt haben.

Wahrscheinlich war es eine Kombination von beidem. Wirtschaftstheorien, von denen einige schon vorher wussten, dass sie falsch sind, aber nichts dazu gesagt haben, weil sie davon profitierten.

3.1. Wer profitiert von der Erweiterung?

Was passiert bei einer solchen Marktöffnung? Fallen alle Handelsbarrieren zwischen einem reichen und einem armen Land, übernehmen die reichen Firmen die Industrie des armen Landes, weil sie dort günstiger produzieren können. Oder eröffnen die großen Firmen des reichen Landes neue Zweigstellen im armen Land, wo sie dann Arbeitsplätze schaffen, was erstmal positiv zu werten ist. Allerdings haben die heimischen Firmen des armen Landes im freien Wettbewerb kaum Chancen sich gegen die neue, besser kapitalisierte Konkurrenz durchzusetzen. Müssen die alten Firmen Konkurs anmelden, sind deren Arbeitsplätze dann verloren.

Zudem werden die Arbeitnehmer im reichen Land mit der Drohung der Auslagerung ihrer Arbeitsplätze zur Aufgabe von Sozialleistungen oder niedrigeren Lohnabschlüssen genötigt. Und ein Teil der Arbeitsplätze wird auch tatsächlich abgebaut.

Das Bruttoinlandsprodukt des armen Landes wird steigen, weil die neuen Firmen produktiver wirtschaften als die alten heimischen. Dieses Geld geht aber komplett in den Besitz der Investoren dieser Firmen über. Durch niedrigere Lohnabschlüsse und Sozialabbau im reichen Land steigt der Gewinn dieser multinationalen Firmen noch weiter. Auch in dem ärmeren Land gibt es einige Menschen, die durch geschickte Investitionen ihr Geld vermehren können.

Investieren kann aber nur der, der schon über Geld verfügt, um es anzulegen. In beiden Ländern gewinnen also die Investoren und Geldbesitzer, während die Arbeitnehmer verlieren. Sichtbar ist dieser Effekt in den Statistiken, in denen die Unterschiede zwischen armen und reichen Menschen eines Landes immer weiter

auseinanderdriften. Die Menschen des ärmeren Landes profitieren zwar ebenfalls – wenn auch nicht gleichmäßig - von der Liberalisierung. Die mit Abstand größten Profiteure sind aber die multinationalen Firmen des reicheren Landes und deren Investoren.

„Nicht umsonst“ setzen sich vorwiegend Arbeitgebervereinigungen, Investorengruppen und die Leiter großer Firmen für immer weitere wirtschaftliche Liberalisierungen ein.



EU-Hilfe und -Erweiterung ist:
nicht nur Solidarität,
sondern auch Interesse
- kostet Arbeitsplätze
+ Investitionen
+ Exportwachstum
+ Wirtschaft

EU-Kommissionspräsident Barroso sagte selbst: *"Wenn ich von Solidarität spreche, [und] ich meine unsere Unterstützung für Afrika und die Entwicklungsländer generell, ist das nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch eine Frage des Interesses. Was ich dir gebe, verliere ich, das stimmt nicht. Was ich dir gebe, das gewinne ich wieder zurück, das ist doch offensichtlich. Die Erweiterung ist ein Riesenerfolg. Es stimmt, dass wir einen deutlichen Arbeitsplatzverlust haben, dazugewonnen aber haben wir in Punkto Investitionen, in Punkto Exportwachstum, in Punkto Investitionssteigerung für unsere Wirtschaft. Und zwar in erstaunlicher Weise. Die Leute neigen immer dazu, zu denken, wenn ich dir Geld gebe, dann ist das Geld verloren. Aber genau das ist nicht der Fall."*

Ein Video mit dieser Ansprache findet man auf

<http://www.global-society.net/media/Barroso-Solidaritaet.mp4>

3.2. Ist die EU nur marktradikal?

Ist das Vorgehen bei der EU-Erweiterung aber tatsächlich identisch mit den marktradikalen Empfehlungen von IWF, Weltbank und WTO?

Die EU verlangt von neuen Mitgliedsländern auch die Erfüllung von Bedingungen, die nicht wirtschaftlich orientiert sind. EU-Beitrittskandidaten müssen eine Reihe von demokratischen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien erfüllen. Außerdem gibt es in der EU Ausgleichszahlungen zwischen den Staaten. Die ökologischen Standards der EU sind zwar sicher lascher, als es sich viele von uns wünschen, im weltweiten Vergleich zählen sie aber immerhin zu den strengsten.

4. WAS IST POSITIV / NEGATIV AN DEN PRINZIPIEN DER EU?

Meiner Meinung nach sollte man die EU weder allgemein verteufeln, noch allgemein bejubeln. Für die Perspektive einer Entwicklung zum Wohl aller Menschen lassen sich sowohl positive als auch negative EU-Prinzipien finden.

Wie schon erwähnt, war der Beginn der EU eine reine Wirtschaftsunion. Dem entsprechend sind die drei Grundfreiheiten, die die ideologische Basis der EU bilden, allein auf wirtschaftlichen Erfolg ausgelegt:

1. Die **Waren- und Dienstleistungsfreiheit** sollten die Absatzmöglichkeiten der europäischen Firmen auf den gesamten Binnenmarkt erweitern,
2. die **Kapitalfreiheit** das notwendige Geld dafür beschaffen,
3. und die **Niederlassungsfreiheit** den Firmen die Möglichkeit eröffnen, die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte aus der ganzen EU an den Ort zu bringen, der die Firma am wenigsten einschränkt.

Insgesamt also das Paradies für alle Unternehmer. Für die anderen Menschen auch?

Allerdings war auch von Anfang an eine der Ideen hinter der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dass Staaten, die wirtschaftlich voneinander abhängig sind, keinen Krieg gegeneinander führen werden. Diese Rechnung scheint aufgegangen zu sein.

Auch wenn die Motivation zur Verhinderung von Kriegen damit nicht edlen Gründen folgt, sondern nur der Verhinderung der Vernichtung von Privatvermögen, ist das Ergebnis doch eindeutig positiv für alle Menschen der EU zu werten.

Außerdem wurden seit der Gründung der EU auf Druck von gemeinnützigen Organisationen und durch progressive Politiker modifizierende Kriterien und Konzepte eingeführt, die durchaus als positiv zu werten sind. Hier einige Beispiele:

- ✓ Marktbeitritt gegen Einhaltung von demokratischen und ökologischen (Werte-)Regeln
- ✓ Ausgleichszahlungen zur Unterstützung der ärmeren Mitgliedsländer, wenn auch noch nicht wirklich gerecht: Spanien und Irland bekommen immer noch mehr Zahlungen als die osteuropäischen Mitgliedsländer
- ✓ Europäische Genossenschaft
- ✓ Multikulturelle politische Grundeinstellungen, wenn auch erst (noch) eingeschränkt, da bisher nur Länder mit christlicher Majorität Mitglieder sind
- ✓ Erweiterung des geistigen Horizonts und der Toleranz durch Zusammenarbeit mit anderen Kulturen und Sichtweisen
- ✓ Kein Krieg mehr innerhalb der EU
- ✓ Ökologische Richtlinien wie REACH, Feinstaub, Klimaschutz bei Autos... werden teilweise von der Bundesregierung abgeblockt oder abgeschwächt: Energiepass für Häuser, Grenzwerte für CO2 und Ruß bei Autos
- ✓ "Eine von der EU finanzierte Machbarkeitsstudie zeigte auf, dass der [100-prozentige Umstieg auf erneuerbare Energien](#) gelingen kann."
- ✓ EU durchbricht Monopolstrukturen (Microsoft-Prozess, Schornsteinfeger-Monopol)
- ✓ EU-Kommission fördert [Open-Access-Publikationen](#)

Was die Erweiterungsmethodik angeht, lassen sich grundsätzlich die folgenden positiven und negativen Aspekte finden:

- ✓ **Verpflichtung auf demokratische und ökologische Prinzipien**
- ✓ **Ausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten**
- x **Keine sozialen Verpflichtungen (Sozialcharta ist unverbindlich)**
- x **Ausgleich durch Finanzierung von Großprojekten, die von den großen Firmen der reichen Länder durchgeführt werden**

Die Fortschritte, die die EU bei demokratischen und ökologischen Richtlinien erreicht hat, fehlen im sozialen Bereich völlig. Das Subsidiaritätsprinzip wird dazu missbraucht, alle sozialen Regelungen auf den nationalstaatlichen Ebenen zu belassen. Damit müssen die Sozialsysteme der Mitgliedsländer sich im freien Wettbewerb des gemeinsamen Marktes behaupten, statt dass soziale und ökologische Regeln den freien Markt einschränken und ihm seinen Handlungsrahmen geben.

Wie könnten also diese negativen Auswirkungen für die Menschen geändert werden?

5. WIE KÖNNT EINE ZUKUNFTSFÄHIGE ENTWICKLUNG AUSSEHEN?

Die Vorschläge, die in den folgenden Unterkapiteln erläutert werden, bestehen aus den Punkten:

- **Ökologische Nachhaltigkeit**
- **Fairhandel statt Freihandel**
- **EUropäisches Sozialmodell**
- **Pluralismus**
- **Bewusstsein für globale Zusammenhänge**
- **Lebensqualität statt Reichtum**

5.1. Ökologische Nachhaltigkeit

Obwohl ich diesen Punkt als erstes aufgeführt habe, möchte ich hierbei nicht ins Detail gehen, sondern das anderen Gruppen wie Greenpeace oder BUND überlassen, die sich auf diesen Aspekt spezialisiert haben.

Beispielsweise die Vorschläge von Greenpeace zum Klimaschutz - [Plan B für Deutschland](#) :

- Es muss auf den Neubau von Kohlekraftwerken, insbesondere von besonders klimaschädlichen Braunkohlekraftwerken, verzichtet werden.
- Die Kraft-Wärme-Kopplung muss massiv ausgebaut werden. Wir müssen eine Verdreifachung des Anteils der KWK an der Stromerzeugung bis 2020 erreichen. Reine Stromerzeugungs-Kraftwerke, die wie bei Kohle etwa 60 Prozent der Energie als Wärme an die Luft abgeben, passen nicht mehr in unsere Zeit.
- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss noch konsequenter vorangetrieben werden. Der Anteil kann und muss im Strom- und Wärmebereich verdreifacht werden. Dafür brauchen wir ein Anschubprogramm für die Erdwärme und vor allem ein Instrument zur Nutzung der regenerativen Wärmeerzeugung.
- Massive Reduzierung des Energiebedarfes im Straßenverkehr. Der Flottenverbrauch wird bis 2020 auf 4,5 Liter auf 100 Kilometer reduziert. Heute liegt er bei 7,7/100 km.
- Nachhaltiger Ausbau der Biomasse. Sie gehört aber nicht in den Tank, sondern sollte vor allem für die Wärmeerzeugung eingesetzt werden.

Hervorheben möchte ich nur den Punkt des Klimaschutzes durch die Reduzierung von unnötigen Transporten.

Transporte sind nur deswegen so günstig, weil die Folgekosten der CO₂-Erzeugung nicht in die Preise eingerechnet werden. Wie in anderen Fällen auch, werden die Gewinne privatisiert, die Kosten der Schäden aber der gesamten Gesellschaft, oder in diesem Fall sogar der gesamten Menschheit, aufgebürdet.

So lange die Verursacher nicht auch für die Kosten aufkommen müssen, wird sich daran auch nichts ändern. Ein Wechsel von der Ausrichtung auf Kosten-Effizienz zu Energie-Effizienz ist notwendig. Kann dazu der Energieverbrauch, samt CO₂-Ausstoß, der Transporte stärker in die Preise einbezogen werden? Auch in der lokalen [Agenda21](#) ist die Förderung lokaler Wirtschaftskreisläufe als unterstützenswert aufgeführt.

Global wird aber weiterhin nach den günstigsten Produktionsfaktoren gesucht, ohne Berücksichtigung der dadurch steigenden Transporte.

In den Jahrzehnten des billigen Öls und der damit verbundenen billigen Transporte sind Visionen einer weltweiten Arbeitsteilung auf dem globalen freien Markt entstanden, die die Transporte, und damit den CO₂-Ausstoß, in die Höhe schnellen ließen.

Es wird höchste Zeit diese Visionen durch neue zu ersetzen, die für eine globale nachhaltige Wirtschaft stehen, die lokale Kreisläufe bevorzugen.

Diesen Aspekt der Lokaltätspriorität sehe ich auch als Teil der Bedingungen, die den freien Handel einschränken müssten. In der Summe habe ich sie Fairhandel genannt.

5.2. Fairhandel statt Freihandel

Mit "Fairhandel" ist hier nicht nur einfach die Verpflichtung oder Bevorzugung von Fair Trade gemeint, sondern eine Summe von Bedingungen, die den freien Handel einschränken, und ihm damit einen Rahmen setzen sollen, damit der Handel tatsächlich den Menschen zugute kommt.

Im Gegensatz zu Freihandelsverträgen, die den Handel über jede Regulierung stellt, und sich auf die Selbstregulierung durch die "unsichtbare Hand des Marktes" verlässt, schlage ich vor, dass diese durch Fairhandelsverträge ersetzt werden, die folgende Bedingungen erfüllen müssen:

- **Priorität für lokale Wirtschaftskreisläufe**
- **Berücksichtigung demokratischer, ökologischer und sozialer Aspekte**
- **Innerhalb der EU gemeinsames Sozialmodell, bei Verträgen mit anderen Ländern ein sozialer Rahmen für den Handel**
- **Freiheit für die Bevölkerung jedes Landes, selbst zu bestimmen, welche Leistungen öffentlich und welche privat durchgeführt werden**
- **Hilfen für die ärmeren Länder sollten nicht in Großprojekte gesteckt werden, die von den großen Firmen aus den reicheren Ländern durchgeführt werden, sondern lieber in zinslose Mikrokredite für die Bevölkerung**

Durch solche **Fairhandelsverträge** würde tatsächlich die **Weltentwicklung unterstützt, statt nur der Welthandel**.

Den Punkt des EUropäischen Sozialmodells werde ich im folgenden weiter erläutern.

5.3. EUropäisches Sozialmodell

Da die Sozialsysteme der verschiedenen EU-Mitgliedsländer historisch gewachsen sehr unterschiedlich sind, wäre eine Vereinheitlichung ein enormes Unterfangen.

Auch wenn bestimmte Details wie die Unternehmensbesteuerung abgestimmt werden müssen, um einen Dumpingwettbewerb zu vermeiden, wäre es für die Gesamtheit der Sozialsysteme wahrscheinlich sinnvoller, auf EU-Ebene nur ein abstraktes Modell festzulegen, die spezifische Realisierung aber den einzelnen Ländern mit ihren gewachsenen Sozialsystemen zu überlassen.

Um diesen Vorschlag anschaulicher darzulegen, stelle ich hier den Vorschlag von Erhard Eppler vor:

Richtlinien für Europäisches Sozialmodell

Diskussionsbeitrag von Erhard Eppler bei der Veranstaltung „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells?!“ am 16.02.2006 im Landtag Baden-Württemberg, Stuttgart

1. In reichen Gesellschaften müssen die Grundbedürfnisse - Wohnen, Essen etc - befriedigt werden.

2. Alle Menschen müssen gegen die finanziellen Risiken von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit abgesichert sein.
3. Chancengleichheit ist durch die Sozialpolitik anzustreben.
4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer.
5. Der Staat muss dafür sorgen, dass die Sicherheit vor Verbrechen nicht zur Ware wird.
6. Der Staat muss sich darum bemühen, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern.

Dieses Sozialmodell soll hier aber nur als **Beispiel** dienen. Die Festlegung der Punkte muss natürlich demokratisch erfolgen.

Es soll nur als Beispiel für das Prinzip dienen, ein abstraktes Sozialmodell auf EU-Ebene festzulegen, die Implementierung aber dem Pluralismus der einzelnen Mitglieds-Staaten zu überlassen.

5.4. Pluralismus

Der Schriftsteller, Drehbuchautor und Unternehmensberater Peter Prange behauptet in seinem Buch "[Werte](#)": *"Die Fähigkeit, verschiedene Standpunkte anzuerkennen und diese Spannung nicht als verwirrend zu empfinden, ist per definitionem europäisch."*

"im Pluralismus eine Identität zu finden, ist die große Errungenschaft des alten und des neuen Europas."

"Diskussion und Meinungsfindung sind Grundlagen des europäischen Wertesystems. Sie sorgen dafür, dass Europa sich weiterentwickelt, dass demokratische Strukturen nicht statisch werden und dass die europäische Stimme im Chor der internationalen Gemeinschaft an Umfang und Reichweite gewinnt."

Diese Fähigkeit, Pluralismus als etwas Positives zu betrachten, statt alle Menschen - nach US-Vorbild - zu vereinheitlichen, ist etwas, das auch weltweit sinnvoll wäre. Unabhängig davon, ob es tatsächlich eine europäische Fähigkeit ist, ist es eine Eigenschaft, die sowohl innerhalb Europas als auch global benötigt wird.

Für eine EU, die sich durch diese Werte definiert, wäre auch die Frage nach den genauen geographischen Abmessungen Europas unwichtig.

Mitglied könnte werden, wer gewillt und fähig ist, die sozialen, ökologischen, demokratischen und pluralistischen Prinzipien einzuhalten.

"Europa darf auf seine Werte stolz sein, muss aber auch zu ihnen stehen."

Europa weiß aus der Geschichte, dass Irrtum immer möglich ist. Das macht den europäischen Geist vorsichtiger."

"Sich als Europäer zu fühlen, bedeutet offen und integrationswillig mit anderen Kulturen umzugehen und mit ihnen in den Dialog zu treten."

"Das Wertesystem Europas ist nicht statisch, sondern wird ständig erweitert und ergänzt."

Das Prinzip des Pluralismus ist zwar auch in der derzeitigen EU ein wichtiger Aspekt, wie es in der „Berliner Erklärung“ heißt:

"Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten. Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben."

In der Praxis wirkt sich dieses Prinzip aber leider meistens so aus, dass die verschiedenen Kulturen sich unter dem gemeinsamen Markt gegeneinander behaupten müssen, und allein deren geldwerter Vorteil zählt.

Die US-Regierung ist unter George W. Bush im Irak unilateral vorgegangen, und hat die Auswirkungen zu spüren bekommen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, in Europa ein grundlegend anderes Modell zu leben, das auf Pluralismus, politische und ökonomische Subsidiarität setzt, und die kulturelle Verschiedenheit bewahrt.

Dafür müssten gemeinsame demokratische, ökologische und soziale Grundsätze definiert, die Ausgestaltung aber der Verschiedenheit der Völker überlassen werden.

Die EU sollte sich nicht in einen Wettbewerb mit den USA begeben, wer der Stärkere ist, sondern kann zeigen, dass es auch anders geht. Und das in Kooperation, nicht Konkurrenz, mit den Kräften in den USA und überall auf der Welt, die sich für eine friedliche, multilaterale Welt einsetzen.

Freihandelszonen, wie sie bis jetzt bestehen, sind aber keine Grundlage für Zusammenarbeit, sondern lassen die beteiligten Staaten gegeneinander antreten, um die Gunst der globalen Konzerne, des globalen Kapitals.

Dass all die schönen Worte zum Pluralismus nur Fassade sind, wenn gleichzeitig Freihandelszonen eingerichtet und verstärkt werden, müssen die Verantwortlichen der EU begreifen.

5.5. Bewusstsein für globale Zusammenhänge

Die oben beschriebenen Maßnahmen für Veränderungen sind nicht nur Träume von Gutmenschen, sondern Notwendigkeiten für eine zukunftsfähige Entwicklung, wenn man die Zusammenhänge gesellschaftlicher und globaler Entwicklung betrachtet.

Wenn die EU z.B. subventionierte landwirtschaftliche Produkte nach Afrika exportiert, mag das kurzfristig den europäischen Landwirten helfen. Es führt aber dazu, dass die lokalen Märkte in Afrika zerstört werden, die Menschen dort keine Arbeit finden, und daher viele von ihnen mit allen Mitteln versuchen in die EU zu kommen.

In der Gesamtheit gesehen, schaden solche Maßnahmen den Bürgern Europas mehr, als sie ihnen nutzen.

So lange alle Minister aber nur ihren eigenen eingeschränkten Bereich betrachten, können die Entwicklungshilfe-Minister mit noch so viel Spenden versuchen, den Afrikanischen Ländern zu helfen. Wenn die Wirtschaftsminister gleichzeitig Freihandelsverträge aushandeln und nur die Stärkung der heimischen Wirtschaft im Kopf haben, werden alle Hilfsversuche verpuffen. Es müssen Menschen mit Verantwortungsgefühl in der EU gefunden werden, die diese Zusammenhänge erkennen und nach ganzheitlichen Lösungen suchen.

5.6. Lebensqualität statt Reichtum

Es geht bei der EU und dem EU-Erweiterungsprinzip meiner Meinung nach nicht nur darum, wem es mehr Gewinne oder ein höheres Einkommen bringt. Sondern es geht darum, wie wir uns die weitere Entwicklung der Welt wünschen. Passen wir uns einfach den Prinzipien der WTO an, und versuchen der dickste und aggressivste Fisch im Karpfenteich zu werden, wie es die Lissabon-Strategie vorsieht? Oder entwickeln wir ein **Gegenmodell, das mehr Wert auf Lebensqualität, Kultur und Gesundheit legt**, als auf grenzenloses Wirtschafts- und Konsumwachstum?

Natürlich kann man auch durch eine Steigerung der Lebensqualität Wirtschaftswachstum erzeugen. Der Gesundheitsbereich ist einer der finanziell ertragreichsten.

Was ich meine, ist mehr eine **Frage der Perspektive**, und der Priorität.

Erzeugen wir gute, gesunde Produkte, nur um das Wirtschaftswachstum zu steigern, oder ist das Ziel eine bessere Lebensqualität, und Wachstum ist nur ein Mittel dafür?

Was ist das Ziel ?

Was ist das Werkzeug?

Der Unterschied besteht darin, dass im zweiten Fall das Wachstum nur eines der Mittel ist. Genauso wichtig wären eine gesunde Umwelt, eine ausbalancierte soziale Gesellschaft, starke familiäre Bindungen, ausreichend Freizeit, und einen Sinn im Leben zu finden.

In letzter Zeit heißt es immer wieder, dass **der EU eine Vision und eine Perspektive fehlt. Vorreiter einer menschlichen Globalisierung** und einer globalen Menschlichkeit zu sein, wäre eine solche visionäre Perspektive. Es ist nur leider keine, die den derzeit Mächtigen gefällt.

6. CHANCEN DER REALISIERUNG

Doch wie stehen die Chancen, die immer wieder gepriesenen europäischen Werte tatsächlich ernst zu nehmen, und sie zum Maßstab einer menschlichen Globalisierung, innerhalb und außerhalb der EU, zu machen?

6.1. 2 Entwicklungsmodelle

Von Anbeginn der EU, der EG, gab es sowohl Politiker, die ausschließlich den gemeinsamen Markt errichten wollten, als auch andere, die größere, idealistische Vorstellungen für ein gemeinsames Europa hatten.

Die Krise, in der die EU meiner Meinung nach steckt, besteht darin, dass die EU sich für eines dieser Modelle entscheiden müsste, und das ist bei der derzeitigen Struktur der Entscheidungen in der EU eigentlich nicht möglich. Denn die EU ist so etwas wie eine ewige große Koalition. Und falls es doch eine Einigung geben sollte, wird es die für das reine Marktmodell sein, denn zum einen ist das Marktmodell sehr einfach zu realisieren, nach dem Motto: ‚lasst den Markt nur machen, dann wird alles gut‘, während es für ein alternatives, soziales Modell verschiedene Vorstellungen und Vorschläge gibt.

Zum anderen drängen alle Industrie-Lobbyisten die Politiker aller Farbschattierungen in Richtung auf dieses Modell, weil ihre Auftraggeber Millionengewinne dadurch erzielen. Fast hätten wir die Festlegung dieses Modells, bzw. eines Kompromissmodells mit starkem Fokus auf Freihandel, mit dem EU-Verfassungsvertrag bekommen, wenn in Frankreich und den Niederlanden nicht die Menschen dagegen gestimmt hätten.

Und wie sieht der Rest der Welt die EU?

Was erwartet "die Welt" von ihr?

6.2. Externe Sicht auf EUropa

Jeremy Rifkin hat schon vor Jahren sein Konzept eines "[Europäischen Traums](#)" entwickelt, das er konträr zum amerikanischen Traum, der auf ewiges materielles Wachstum ausgerichtet ist, sieht. Auch Franz-Josef Radermacher sieht das System von [ökosozialen Marktwirtschaften](#) in der EU als Vorbild für die Welt. Allerdings sehen diese beiden ihre Konzepte in der heutigen EU schon realisiert. Eine Ansicht, die ich nicht teilen kann.

Ich sehe sowohl Verfechter des Marktes als auch des Traums in der EU. Und ich fürchte, der Markt wird stärker.

Auch der Rest der Welt sieht in der EU eine Art soziales Gegenmodell zur USA. Ich glaube, dass immer mehr Menschen, überall auf der Welt, merken, dass die Versprechen der reinen, freien Marktwirtschaft Unsinn sind, und nicht erfüllt werden können.

Im Folgenden ein paar Zitate dazu:

[Vorreiter "Old Europe"](#)

So sieht es auch eine dritte und letzte Denkschule, auf die der europäische Sozialstaat großen Eindruck macht. Diese Gruppe umfasst Akademiker wie Joseph Stiglitz und den "New York Times"-Kolumnisten Paul Krugman ebenso wie Politiker der Demokraten, darunter Ted Kennedy und Robert Reich, der frühere Arbeitsminister unter Clinton.

Auch das Wirtschaftsmodell Amerika, betonen sie, kenne genügend Schattenseiten. Das Netz der sozialen Sicherung ist schwach. Ein Sechstel der US-Bevölkerung ist ohne Gesundheitsversicherung. Niedriges Einkommen und Vermögen verringern nicht nur die Ausbildungschancen, sondern auch die Lebenserwartung. Die Kosten für die Berufsausbildung sind für die amerikanische Mittelklasse seit den achtziger Jahren um 300 Prozent angestiegen. Das enorme Wirtschaftswachstum ist bei den mittleren und unteren Einkommenschichten nicht angekommen.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich - trotz enormer Herausforderungen - für wichtige Aspekte eines Sozialstaates europäischer Ausprägung zu streiten. Das scheinbar träge Europa, so sieht es diese Gruppe von Amerikanern, spielt bei vielen Themen die Rolle des Vorreiters. Das gilt für den Ausbau der Infrastruktur, die allgemeine Gesundheitsversorgung und das Netz der sozialen Sicherheit. Dies gilt auch für politische Initiativen gegen die globale Erwärmung und die Entwicklung neuer Energiequellen und sogar für den anfangs unterschätzten Euro. Schon diskutieren asiatische und auch afrikanische Länder die Schaffung von Währungszonen - nach europäischem Vorbild.

Thomas Fricke in der [Financial Times Deutschland](#) Februar 2007:

"Vielleicht ist es an der Zeit, eine Art moderne soziale Marktwirtschaft für Globalisierungszeiten zu entwickeln. Ein Modell, das natürlich nicht dasselbe ist wie vor 50 Jahren von Erhard und seinen Vordenkern entworfen, das aber im Grunde ähnliche Prinzipien verfolgt."

Viele Regionen der Welt nehmen sich die EU-Entwicklung zum Vorbild:

Die Afrikanische Union wurde nach EU-Vorbild schon gegründet, eine Pazifische Union um Australien ist in Arbeit, bis 2011 soll eine Südamerikanische Union entstehen. So wie die Europäische Union als reine Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hat, sollten auch andere Völkerverbände wie die Südasiatische Wirtschaftsgemeinschaft SAARC oder das südostasiatische Wirtschaftsbündnis ASEAN sich ihrer Möglichkeiten für eine positive Entwicklung der Menschheit bewusst werden. Die ASEAN-Gemeinschaft plant, bis 2015 einen Binnenmarkt mit Einheitswährung zu gründen. Der kritische Aspekt ist dabei, ob es bei einem reinen Markt bleibt, oder sich eine soziale, politische Gemeinschaft daraus entwickelt.

6.3. Weltwirtschaftliche Umbrüche

Das weltweite Bedürfnis nach einem alternativen Modell zur komplett freien Weltwirtschaft könnte sogar immer größer werden:

Der IWF findet nicht mehr genug Länder, die seine Kredite haben wollen, wegen der marktradikalen Konditionen die dafür verlangt werden.

WTO-Verhandlungen scheitern, weil die armen Länder sich nicht mehr über den Tisch ziehen lassen wollen.

Slowenien hat sich als einziges osteuropäisches Erweiterungsland gegen die Vorgaben gestellt. Entgegen den Maastricht-Kriterien war dort der Verkauf landeseigener Industrien an ausländische Unternehmen, erstmal verboten.

Das Resultat: wirklich wettbewerbsfähige slowenische Unternehmen - wie der Ski- und Skateboard-Produzent ELAN, die Haushaltsgerätehersteller Gorenje und Sidex oder der Pharmariese Lek, eine gut verdienende Mittelschicht, eine stabile parlamentarische Struktur und seit 2007 als erstes der Beitrittsländer - die Einführung des Euro.

Die unregelte Globalisierung führt zu immer größeren Unterschieden zwischen Arm und Reich. Sowohl zwischen Ländern und Kontinenten, als auch innerhalb der Bevölkerungen der einzelnen Länder. Und die Reichen ziehen immer mehr Mauern hoch, um sich vor den Armen zu schützen. Die Grenze zwischen den USA und Mexiko, die Außengrenze im Süden und Osten der Festung EUropas, und die wachsende Zahl von "[Gated Communities](#)", zuerst in den USA, mittlerweile aber auch immer mehr in EUropa, sind die Anzeichen für diese Entwicklung.

Diese Entwicklung darf so nicht weitergehen, sonst wird das allgegenwärtige Konkurrenzdenken zu Wirtschaftskriegen und gewalttätigen Auseinandersetzungen führen.

Auf unserer Konferenz wurde von den osteuropäischen Gästen auch das große Problem erstarkender nationalistischer Bewegungen erläutert.

Und auch andere haben schon erkannt, dass ein völlig offener Markt, egal ob der große globale, oder der kleinere europäische, durch die Standortkonkurrenz neue Nationalismen schafft.

Der Mathematiker und Zukunftsforscher [John L. Casti](#) hat für seine [Prognose im Rahmen der 2. European Futurists Conference](#) in Luzern im November 2006 Indizien für genau so eine Entwicklung gesammelt. Er sieht die Globalisierung in den nächsten Jahren in neue Nationalismen zersplittern:

"Die Idee der ‚Globalisierung‘, in der die Welt als ein großer gigantischer Marktplatz betrachtet wird, ist schlichtweg ein vorübergehendes Phänomen, das um 1975 in Davos begonnen hat und sich nun langsam von der Bühne des Geschehens verabschiedet"

"[Ich] gehe davon aus, dass die Welt sich in den nächsten paar Jahren bis zu ein paar Jahrzehnten einem wachsenden Trend der Zersplitterung gegenübersehen wird und nicht der Vereinigung; in Richtung Fremdenfeindlichkeit und nicht dem Zusammenschmelzen von Kulturen sich bewegen und einen wirtschaftlichen Rückgang und nicht Aufschwung zu gewärtigen haben wird. Der Einsturz der Doha-Runde, die Unzufriedenheit mit der Europäischen Union und die Terrorismus-Paranoia in der westlichen Welt seien nur ein paar der Frühwarnsignale dieses Prozesses."

6.4. Chance für die EU

Die EU hat jetzt die wahrscheinlich einmalige Chance in der Geschichte, eine Vorbildfunktion für die weitere Entwicklung der Welt einzunehmen, was die Bekämpfung der globalen Probleme der Menschheit angeht. Für die Lösung dieser Probleme müssen alle Menschen zusammenarbeiten, und ihre Unterschiede akzeptieren lernen. Diese **Zusammenarbeit, wo es notwendig ist, bei Erhaltung der kulturellen Individualitäten**, könnte eine der wichtigsten Eigenschaften für die weitere Entwicklung der Menschheit sein, die Europa vorleben könnte.

Eine **globale Organisation zur Festlegung des Welthandels** darf **nicht die Beseitigung aller "Handelshemmnisse" zum Ziel haben**, sondern sollte **globale Regeln für einen Welthandel nach demokratischen, ökologischen und sozialen Kriterien** entwerfen, der lokale Wirtschaftskreisläufe bevorzugt. Die EU könnte dabei ein Vorreiter sein.



Wenn (EU-)Politiker sagen, sie wollten die "[Globalisierung gestalten](#)", ist damit derzeit allerdings leider nicht gemeint, dass sie ihr Regeln für eine gerechte Globalisierung geben wollen. Sondern wenn man es sich genauer ansieht, ist damit nur gemeint, dass EUropa der wirtschaftlich stärkste Akteur der Globalisierung werden soll. Das ist nicht "gestalten", das ist vorantreiben des bestehenden Modells.

"Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung. Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt." ([Berliner Erklärung](#), 2007)

Man beachte die Reihenfolge: erst Wachstum, dann Beschäftigung, dann sozialer Zusammenhalt. Dabei kann Ihnen jeder Wirtschaftswissenschaftler sagen, dass das Wachstum um so größer wird, je ungleicher die Gewinne verteilt sind. Priorität auf Wachstum führt also genau zu der Entwicklung, die wir heute in Europa und der Welt haben.

Dabei hätte die EU die Möglichkeit, mit den Prinzipien, die immer wieder proklamiert, aber nie realisiert werden, ein **Gegenmodell zur aktuellen Globalisierung** aufzubauen, das **die Menschen begeistern könnte**.

6.5. Nutzt die EU die Chance?

Aber was tut die EU, statt diese Hoffnungen anzunehmen, und sie zu realisieren? Sie versucht sich "an die Globalisierung anzupassen". An die rein wirtschaftliche Globalisierung. Genau an das Modell, das immer mehr Menschen weltweit als eine Sackgasse betrachten.

Der aktuelle EU-Kommissionspräsident **Jose Manuel Barroso** ist explizit angetreten, um die **EU fit für die Globalisierung** zu machen. Damit ist er nicht gerade ein neutraler Vermittler zwischen den Verfechtern der beiden Modelle für die Weiterentwicklung der EU.

Die EU simuliert nationalstaatliche Denkweisen und benimmt sich einfach nur wie ein fetter Nationalstaat, der seine Energieversorgung - im Zweifelsfall militärisch - schützt, die eigene Industrie hochpöppelt, und andere Länder durch Freihandelsverträge zum eigenen Nutzen ausnimmt, während gleichzeitig öffentlichkeitswirksam Entwicklungshilfe geleistet wird, durch die die überschüssige landwirtschaftliche Produktion der EU entsorgt wird, und die lokalen Märkte in Afrika zerstört werden.

Wie in jeder größeren Gruppe, gibt es auch innerhalb der EU verschiedene Kräfte, die sie in unterschiedliche Richtungen ziehen wollen. Meiner Meinung nach wäre es wichtig, die Kräfte zu stärken, die die EU tatsächlich zu einer Friedensmacht machen wollen, mit einer **Ausrichtung auf mehr Lebensqualität statt Konsumdruck, unter Erhaltung der Vielfalt**.

Und diejenigen Kräfte zu kritisieren, die die EU zu einer imperialistischen Freihandelszone nach dem Muster der USA oder WTO machen wollen.

Wenn die Menschheit die **positiven Folgen der Globalisierung bewahren** möchte, muss sie die **negativen Folgen, die zur Zersplitterung führen, minimieren**. Dazu müsste der globale Markt eine Priorität für lokale Kreisläufe bekommen, von menschlichen, ökologischen und sozialen Werten eingeschränkt werden, und die Vermögens- und Einkommens-Unterschiede begrenzt werden. Sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen Staaten.

Die **Methoden, mit denen diese Ziele am besten erreicht werden, wären Thema demokratischer Wahlen und Abstimmungen**. Wichtige Entscheidungen sollten dabei **von den Menschen direkt entschieden** werden können.

Derzeit wäre ich allerdings schon froh darüber, von irgendeinem Politiker überhaupt den Wunsch nach einer solchen Veränderung zu hören, und nicht immer nur das Gerede von "Anpassung", oder die Sorge darum, welche wirtschaftliche Region am stärksten von der Globalisierung profitieren wird.

6.6. Aufklärung erfolgreich?

Hoffnung gewinne ich jedoch aus den Auswertungen von Meinungsumfragen.



Bei einer Umfrage des Deutschlandtrends vom Dezember 2006 beispielsweise, antworteten auf die Frage "Wer profitiert vom Aufschwung?" 89% der Befragten, dass Unternehmen das tun, während 60% meinten, dass Arbeitnehmer nicht davon profitieren. Die Profiteure der "Reformen" scheinen also von der Bevölkerung richtig erkannt zu werden.

Hingegen scheint die Mehrheit der Politiker größeres Vertrauen in die Aussagen von Industrie-Lobbyisten und marktideologischen Wirtschaftsexperten zu setzen, als in ihren gesunden Menschenverstand - soweit vorhanden. Aussichten auf lukrative Posten in der Wirtschaft nach Ende ihrer politischen Amtszeit sind bei einigen von ihnen

sicher auch nicht abträglich.

Was folgt also daraus, wenn man sich für ein Europa der Menschen statt für eines der Märkte einsetzen will?

7. WAS TUN?

Wenn wir also ein anderes, menschlicheres Europa haben wollen, können wir das nur dadurch erreichen, dass wir darauf drängen, **die Menschen statt der Konzerne entscheiden zu lassen**. Und um den Industrie-Lobbyisten gut kontern zu können, müssen wir ein Konzept für ein anderes Europa, und eine andere Globalisierung entwickeln, das realisierbar ist.

Zusammengefasst also die Punkte:

- **Stärkung demokratischer Strukturen und Entscheidungen in der EU**
- **Entwicklung konkreter Vorschläge für ein EUropa der Menschen**

Das sind zwei große Aufgaben, die wahrscheinlich über einen längeren Zeitraum in vielen kleinen Schritten erfolgen müssen. Aber jeder Schritt wird ein Erfolg sein.

2009 wird es mit den [Newropeans](#) erstmalig die Möglichkeit geben, bei den Wahlen zum EU-Parlament eine gesamteuropäische Partei zu wählen, die dafür eintritt, die Strukturen der EU zu demokratisieren.

Bei Attac haben erstmalig Vertreter von 16 Europäischen Gruppen gemeinsam [10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag](#) entworfen und zur weiteren Diskussion gestellt. Er kann in verschiedenen Sprachen abgerufen werden.

Nur wenn viele Stimmen aus den Bevölkerungen Europas hinter uns stehen, können wir wirklich etwas verändern.